gleichanspruch geltend zu machen und aus dem Vermögen des Mannes während der Ehe entstandene Vermögensnachteile auszugleichen.

§ 13 des FGB-Entwurfs sieht vor, daß an dem Vermögen, das beide Ehegatten während der Ehe durch Arbeit oder mit Hilfe von Arbeitseinkünften erworben haben, gemeinschaftliches Eigentum entsteht. Damit werden in Zukunft Vermögensnachteile eines Ehegatten weitgehend vermieden werden können. Außerdem werden durch die neuen Produktionsverhältnisse auf dem Lande die begünstigenden Bedingungen für eine vermögensrechtliche Benachteiligung eines Ehegatten allmählich und in Abhängigkeit vom Typ der LPG überwunden.

Dennoch kann auf einen Vermögensausgleichsanspruch besonders für die bäuerlichen Verhältnisse nicht verzichtet werden. Die im § 40 des FGB-Entwurfs enthaltene Regelung wird sowohl für die bereits vollzogene als auch für die künftige Vermögensbildung der LPG-Mitglieder erhöhte Bedeutung erhalten, denn gemeinschaftliches Eigentum kann mit Inkrafttreten des FGB nicht an den individuell genutzten Grundstücken und beweglichen Sachen entstehen, die ein Ehegatte bereits vor der Eheschließung erworben oder geerbt hat. Wenn hingegen die Ehegatten während ihrer Ehe einen Bauernhof gemeinsam erworben haben, dann wird künftig gern § 13 das Eigentumsrecht beiden auch dann zustehen, wenn nur ein Ehegatte im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist. Nach Inkrafttreten des FGB müßte für diesen Fall dem anderen Ehegatten ein Anspruch auf Grundbuchberichtigung zugebilligt werden.

Vereinbaren die Ehegatten für die Zukunft kein gemeinschaftliches Eigentum an der Bauernwirtschaft, dann bleiben die bebauten und unbebauten Grundstücke, die beweglichen Sachen der persönlichen Wirtschaft und andere Gegenstände alleiniges Eigentum desjenigen Ehegatten, der sie ursprünglich mit eigenen Mitteln oder durch Erbschaft erworben hatte. Daran kann auch die gemeinsame Bewirtschaftung dieser Produktionsmittel durch beide Ehegatten nichts ändern, denn die Früchte dieser Eigentumsobjekte stehen gern § 953 BGB nach der Trennung wiederum nur dem Eigentümer zu. Deshalb wird der Vermögensausgleichsanspruch für den Fall der Beendigung der Ehe durch Tod oder Scheidung im genossenschaftlichen Bereich der Landwirtschaft auch für die Zukunft aktuell bleiben.

Da der Ausgleichsanspruch nach § 40 des FGB-Entwurfs beiden Ehegatten zustehen soll, ist eine brauchbare Lösung für einen notwendigen Ausgleich für die Genossenschaftsbäuerinnen, aber auch für die Genossenschaftsbauern gegeben, die nicht Eigentümer oder Besitzer von Wirtschaften sind, sondern durch Eheschließung an der Nutzung der Wirtschaft ihrer Ehefrauen beteiligt wurden.

Trotz der klaren, überzeugenden Regelung bereitet die Durchsetzung eines **Anspruchs** auf Vermögensausgleich — wenn er nicht aus dem persönlichen Vermögen des Anspruchsgegners realisiert werden kann — Schwierigkeiten, weil sie von der genossenschaftlichen Entwicklung und von den Möglichkeiten der Genossenschaft, Ansprüche der Mitglieder gegen die LPG zu befriedigen, abhängig ist. Außerdem sind bei der Durchsetzung der Ansprüche von LPG-Mitgliedern die genossenschaftlichen Interessen und Belange zu beachten. Die genossenschaftliche Nutzung eingebrachter oder der LPG zur Nutzung übergebener Vermögenswerte darf dadurch nicht beeinträchtigt werden. Wenn das Vermögen des Genossenschaftsbauern, gegen den der Anspruch geltend gemacht wird, im wesentlichen aus Sachwerten besteht, die der genossenschaftlichen Nutzung unterliegen, bzw.

aus Ansprüchen gegen die LPG auf Rückzahlung von Inventar- und Investbeiträgen, deren Fälligkeit durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung bzw. durch vertragliche Vereinbarung (Investbeiträge) bestimmt wird, dann wird deutlich, wie schwierig die Befriedigung des Anspruchs gegen das Vermögen des anderen Ehegatten in diesen Fällen sein kann.

Vielfach wird es für einen längeren Zeitraum unmöglich sein, den Anspruch durch Geldleistung zu befriedigen. Dieser Weg wäre nur dann gangbar, wenn Rückzahlungen aus zusätzlichen Inventarbeiträgen zu erwarten sind, die gegebenenfalls an den Anspruchsberechtigten abzutreten wären. Auch die Inanspruchnahme von Bodenanteilen — solange die LPGs solche überhaupt noch zahlen — führt gegebenenfalls nur zur teilweisen Befriedigung des Anspruchs, da die Beträge relativ niedrig sind.

Wenn solche Möglichkeiten nicht gegeben sind, dann müssen andere Formen des Ausgleichs gefunden werden. Zunächst böte sich dafür natürlich eine Veräußerung der individuellen Hauswirtschaft oder des individuell gehaltenen Nutzviehs in den LPGs niederen Typs an, weil dadurch vermutlich die Belange der Genossenschaft nicht beeinträchtigt werden. Ein solcher Weg ist m. E. aber nur selten gangbar, weil die individuellen Hauswirtschaften der LPG Typ III eine wichtige Ergänzung der genossenschaftlichen Wirtschaft bilden und zumindest bis zur Konsolidierung der Genossenschaften für die Sicherung des Lebensunterhalts der Genossenschaftsbauern unentbehrlich sind. Deswegen kann die Realisierung dieser Ansprüche in der angeführten Weise ganz oder teilweise nur praktisch werden, wenn dadurch die Existenz der Hauswirtschaft nicht gefährdet wird. Richtet sich der Anspruch gegen individuelle Wirtschaften von Bauern in LPGs niederen Typs, so sind in diesem Zusammenhang volkswirtschaftliche Interessen zu beachten, die sich aus der Veranlagung dieser Bauern zur Ablieferung tierischer Produkte ergeben.

Die beschränkten Möglichkeiten zur Realisierung des Ausgleichsanspruchs aus der individuellen Wirtschaft zwingen dazu, auf genossenschaftlich genutzte Vermögenswerte zurückzugreifen. Dafür kommen sowohl bebaute als auch unbebaute Grundstücke, die der LPG durch Einbringung zur Nutzung übergeben wurden bzw. vertraglich genutzt werden, in Frage. Es handelt sich folglich um Sachen, die von Natur aus teilbar sind, insoweit die unbebauten Grundstücke betroffen werden; bei den bebauten Grundstücken wird eine Teilung in der Regel ohne erhebliche Nachteile nicht möglich sein.

Bei gleichzeitiger Sicherung der genossenschaftlichen Nutzung dürfte einer Eigentumsübertragung land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen an den früheren Ehegatten, der selbst Mitglied der LPG ist, nichts im Wege stehen. Wenn der Berechtigte jedoch nicht Mitglied der LPG ist und es auch nicht werden will, dann wäre eine Aufteilung des Bodens problematisch. Die Bestimmung über die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen Genossenschaftsbauern gestattet eine Vollstreckung in den eingebrachten Boden nur zugunsten von Mitgliedern (§ 16 der 1. DB zum LPG-Ges.), weil die sozialistische Gesellschaft kein Interesse daran hat, die Eigentumsrechte am genossenschaftlich genutzten Boden auf Bürger zu übertragen, die außerhalb der LPG stehen. In Anlehnung an die Regelung über die Zwangsvollstreckung sollte auch die Realisierung eines Ausgleichsanspruchs für LPG-Mitglieder durch Übertragung des Eigentumsrechts an Bodenflächen praktiziert werden können.

Es bleibt zu prüfen, ob unter den Bedingungen der genossenschaftlichen Bewirtschaftung die Ansprüche eines